

zur

EU-Konsultation zum CO₂-Grenzausgleichssystem

15. 11. 2021

VIK begrüßt die Möglichkeit, an der Konsultation zum CO₂-Grenzausgleichssystem (CBAM) teilzunehmen.

Die geplante Reform des Emissionshandels sowie der Anstieg der CO₂-Preise erhöhen die Notwendigkeit eines starken Carbon-Leakage-Schutzes für die Industrie. Die bestehenden Instrumente werden mit hoher Wahrscheinlichkeit langfristig nicht ausreichen, um die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandortes Deutschland und der EU sicherzustellen.

Der Entwurf der EU-Kommission lässt jedoch noch viele Fragen zur konkreten Ausgestaltung von CBAM offen. Ohne hinreichende Klärung offener Aspekte wie zum Beispiel die Einbeziehung von Exporten, Auswirkungen auf lange und komplexe Wertschöpfungsketten oder die zugrundeliegenden CO₂-Footprints sollte von einer Einführung des Instruments abgesehen werden. Folgende Aspekte erfordern weitere Prüfung:

- Einführung von CBAM und Notwendigkeit der Integration in die Überarbeitung des EU-EHS: Die geplante Einführung eines CBAM soll eine bewährte Methode zum Schutz vor Carbon Leakage via freie Zuteilungen durch ein neues, komplexes und bisher ungetestetes System wie das CBAM ersetzen. Hier müssen in bestimmten Abständen Reviews zur Überprüfung des aktuellen Standes und Erfolges der Methodik stattfinden. Die Abschmelzung der freien Zuteilung sollte dann nur erfolgen, wenn das CBAM-Instrument sich als erfolgreich erwiesen hat. Insbesondere der Ausgleich indirekter Kosten ist für energieintensive Industrien von entscheidender Bedeutung und muss beibehalten werden.
- Hohe Komplexität und administrative Barrieren: Die Ermittlung von z.B. "in Gütern eingebetteten CO₂-Emissionen" erscheint sehr komplex und stellt sehr hohe Anforderungen an die Datenverfügbarkeit und -qualität.
- Exporte: Es muss einen vollständigen Kostenausgleich für Exporteure geben, um die gestiegenen Produktionskosten klimafreundlicher Technologien auszugleichen, die den Export in den Weltmarkt benachteiligen. Auch die Kosten für

die CO₂-Vermeidung müssen kompensiert werden, nicht nur, um Carbon Leakage, sondern auch Investitionsverlagerungen zu vermeiden.

- Wertschöpfungskette: Da CBAM nicht die gesamte Wertschöpfungskette abdeckt, wird eine große Anzahl wichtiger Produkte keinem Kohlenstoffkostenregime unterlaufen. Insbesondere die Aufnahme von Ammoniak und Salpetersäure, die für viele chemische Prozesse entscheidende Ausgangsstoffe sind, birgt gravierende Risiken für diese Wertschöpfungsketten. Ein Mechanismus zur Anpassung der Kohlenstoffgrenzen muss die gesamte Wertschöpfungskette abdecken, von der vorgelagerten bis zur nachgelagerten Produktion.
- CBAM-Umgehung muss vermieden werden: Das Risiko eines "Ressource Shuffling", also der potenziellen Zuordnung von weniger kohlenstoffintensiven Materialproduktionen (oder kohlenstoffarmen Strom) außerhalb der EU für Exporte in die EU, während die Gesamtkohlenstoffintensität der Produktion im Exportland konstant bleibt, muss vermieden werden. Infolge eines solchen Resource Shufflings könnte die EU-Produktion durch zusätzliche Importe ersetzt werden, was zu einem erhöhten Carbon Leakage Risiko führen würde.
- Bestimmung des Carbon Footprints: Es gibt derzeit keine globale Vereinbarung darüber, wie der Kohlenstofffußabdruck von Produkten zu bestimmen und Emissionen entlang der gesamten Wertschöpfungskette zurückzuverfolgen sind. Infolgedessen wird der Grad der notwendigen Bürokratie sowie das Risiko einer rechtlichen Konfrontation zunehmen.

Langfristig wird die Industrie einen besseren Carbon-Leakage Schutz benötigen. Ein Ansatz dafür kann CBAM darstellen, aber es können auch andere Mechanismen einen Weg zur Beibehaltung von fairen Wettbewerbsbedingungen aufzeigen, wie z.B. die Einführung eines Klimaclubs. Dadurch können andere Regionen ermutigt werden, ihre Klimaschutzinstrumente wirksam zu schärfen, um weiterhin profitabel am größten Binnenmarkt der Welt partizipieren zu können. Der Kontinent könnte ein Pionier sein und einen ersten großen Schritt in Richtung eines globalen Kohlenstoffpreises machen.

Der VIK ist seit über 70 Jahren die Interessenvertretung industrieller und gewerblicher Energienutzer in Deutschland. Er ist ein branchenübergreifender Wirtschaftsverband mit Mitgliedsunternehmen aus den unterschiedlichsten Branchen, wie etwa Aluminium, Chemie, Glas, Papier, Stahl oder Zement. Der VIK berät seine Mitglieder in allen Energie- und energierelevanten Umweltfragen. Im Verband haben sich etwa 80 Prozent des industriellen Stromverbrauchs und rund 90 Prozent der versorgerunabhängigen industriellen Energieeinsätze und rund 90 Prozent der versorgerunabhängigen Stromerzeugung in Deutschland zusammengeschlossen.